AUS DEM LEBEN DES VORSITZENDEN DER TÜRKISCHEN FRIEDENSKOMITEES

Mahmut Dikerdem wurde 1916 in Istanbul geboren.1939 absolvierte er die Juristische Fakultät zu Istanbul.Nach dem Wehrdienst trat er in die Dienste des türkischen Aussenministeriums und wurde bereits zwei Jahre später als dritter Sekretär zur türkischen Mission in der Schweiz beordert.1947 promovierte er in Genf über Internationales Recht.Bis 1955 diente er als Chargé d´affaires in Kairo.Ab 1955 leitete er die Abteilung "Mittlerer Osten" des türkischen Außenministeriums,bis er 1957 zum Botschafter in Jordanien ernannt wurde.Nach dem ersten Militärputsch 1960 bat er um seine vorzeitige Pensionierung.

Ab 1946 veröffentlichte er mehrere Artikel in verschiedenen Zeitschriften, in denen er vor allem die Erhaltung des Friedens in der Region und in der ganzen Welt thematisierte und schrieb mehrere Bücher.1979 wurde ihm die Honorarprofessur der Akademie für politische Wissenschaften in Istanbul verliehen.

Mit 40 weiteren türkischen Intellektuellen gründete er 1977 das Friedenskomitee der Türkei.Abgesehen von der Gründung einer "Friedensgeselschaft" in den 50er Jahren,die immer wieder verboten worden war,hatte es im Laufe der Republikgeschichte keinen Versuch gegeben,eine Friedensbewegung mit einer Massenbasis zu installieren.Dikerdem wurde auf dem Gründungskongreß zum Vorsitzenden gewählt und behielt diese Funktion bis zum Militärputsch am 12.September 1980.Unmittelbar nach dem Putsch wurden die Büros des Türkischen Friedenskomitees durchsucht und geschlossen;das gesamte Vereinsvermögen konfisziert.

Nach zwei Anträge auf die Inhaftierung von führenden Mitgliedern des Friedenskomitees von dem Militärgericht zurückgewiesen worden waren,nahmen in den frühen Morgenstunden des 26.Februar 1982 die Militärbehörden Dikerdem und seine 23 Freunde fest-der dritte Versuch der Militärstaatsanwaltschaft,in dem die gleichen Vorwürfe wie in den vorangegangenen Anträgen wiederholt wurden,hatte Erfolg.

Am 14.November 1983 wurde er zu 8 Jahren Gefängnis und zu 2 Jahren und 8 Monaten Verbannung Verurteilt.

Er war 1978 in das Präsidium des Weltfriedensrates gewählt worden.

Anfang November 82 verlieh ihm der Rat während einer Sitzung in Lissabon aufgrund seines unermüdlichen Eintretens die Salvador Allende Medaille.

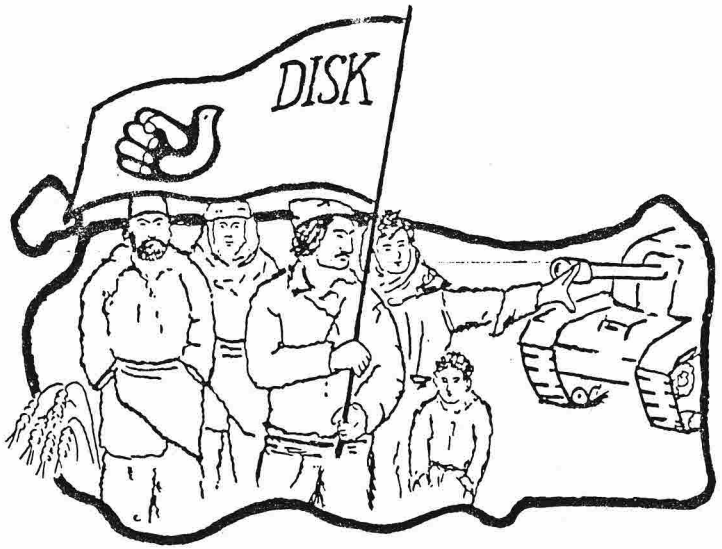
ICH SCHWEIGE NICHT

Verzeih mir,du hoffnungsvoller
Mitbürger
meinen Bericht über fluchwürdige Taten
die anhäufen die Männer vergangener
Zeiten.
Ich spreche für eine unerbittliche
Liebe.
Mich interessiert weder Ansehn
noch Stand:
Das Volk allein verdient meine
Achtung:
Vaterland allein kann mich
bestimmen.
Volk und Vaterland befehlen
meiner Sorge:
Vaterland und Volk bestimmen
meine Pflichten
und wenn jenen es gelingt zu töten,
was das Volk erreichte,
stirbt mein Vaterland.
Das ist meine Angst und
meine Verzweiflung.
Im Kampf soll darum niemand hoffen,
daß ohne Stimme meine Dichtung schweigt.

Pablo Neruda

Helft den Demokraten in der Türkei

B.Ingel, Duisburg	20.--DM
Türkisches Seminar IGM Lohr	130.--DM
B.Maschmann,Duisburg	20.--DM
Bürgerinit.geg.Ausländ.feind. Wilhelmshaven	64.--DM
d.Anchika,Köln	150.--DM
V.Edwards-Munz,Freiburg	50.--DM
Heinrich Heine Buch.Düsseldorf	41.50DM
E.Warncke,Wedel	30.--DM
Nippessener Ini.geg.Mittelstreckenraketen Köln	270.--DM
B.Maschmann,Duisburg	20.--DM
Stand 17.11.1983 :	65235,34DM
Ausgang in die Türkei:	
Stand 18.11.1983 :	26721.--DM



TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI TÜSTAV

SOLIDARITÄT MIT DEN TÜRKISCHEN UND KURDISCHEN DEMOKRATEN UND GEWERKSCHAFTEN

(Kölner Arbeitskreis von Gewerkschaftern, Organisationen und Einzelpersönlichkeiten)

Nach drei Jahren Diktatur in der Türkei hat die faschistische Junta die Repressionen nach innen und die Aggression nach außen enorm verschärft. Sie übt ihre Macht nur mit Hilfe von Folter, Terror und Mord aus. Inzwischen richten sich die Angriffe der Evren-Junta nicht nur gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, die demokratischen und antiimperialistischen Bewegungen sowie die kurdische Nationalbewegung , sondern auch gegen die bürgerliche Opposition.
Unter diesen verschärften Terrorbedingungen besteht die Gefahr, daß in den Prozessen gegen die demokratischen Organisationen, Gewerkschafter, Friedenskämpfer etc. rigiros Hinrichtungsurteile gefällt und vollstreckt, bzw. hohe Freiheitsstrafen ausgesprochen werden können. Unter den unmenclichen Bedingungen in Gefängnissen werden die politischen Gefangenen physisch und psychisch vernichtet. Die faschistische Junta treibt die Bevölkerung durch ihre Wirtschaftspolitik in den Hunger. Es gibt bereits viele Menschen, die sich von Abfällen ernähren. Viele sind sogar gezwungen, ihre Organe, z.B. eine Niere, zu verkaufen, um ihre Familie zu ernähren. Die Unzufriedenheit in der Bewölkerung wächst ständig. Um der Diktatur einen parlamentarischen Anschein zu geben und den Unmut des Volkes zu kanalisieren, hat die Junta **"Wahlen"** angekündigt. Diese **"Wahlen"** sind nicht anders als eine Farce. Die faschistische Junta machte die Türkei zum Werkzeug der Reagen-Administration im Nahen Osten. Durch die Stationierung von **Schnellen Eingreifgruppen"** der USA, Erweiterung der Militärflughäfen und US-Stützpunkte und durch die ständige Militarisierung der Gesellschaft wurde die Türkei für die Nachbarstaaten und die kurdische Bevölkerung zu einem größeren Unsicherheitsfaktor.

Deshalb ist für uns der Kampf in der Friedensbewegung gleichzeitig ein Kampf zur Stärkung der demokratischen Kräfte in der Türkei.

Ungeachtet dieser Tatsachen unterstützt die Bundesregierung die faschistische Militärjunta politisch, finanziell und militärisch. Anstatt daß sie den Demokraten, die dem Terror der faschistischen Junta entkommen konnten, Schutz gewährt, liefert sie sie der Folter und dem Mord aus. An dem Freitod von C. Kemal Altun trägt die Bundesregierung, aber insbesondere der Bundesinnenminister Zimmermann eine hohe Verantwortung. Die Asylpraxis bzw. Abschiebungs- und Auslieferungspraxis in der Bundesrepublik verstoßen gegen das internationale Recht, die Prinzipien der Menschenrechte und Erfahrungen der Deutschen mit dem Faschismus.

Stärkt die Solidarität mit den Demokraten aus der Türkei. Helfen wir gemeinsam den politischen Gefangenen und ihren Familienangehörigen in der Türkei. Verhindern wir die Auslieferungspraxis in der Bundesrepublik und die Unterstützung der faschistischen Diktatur durch die Bundesregierung!

Die Arbeiter aus der Türkei sind von den Problemen in der Bundesrepublik wie Arbeitslosigkeit, Abbau sozialer und demokratischer Rechte in gleicher Weise betroffen. Die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen der USA auf dem Boden der Bundesrepublik und die Kriegsvorbereitung bedrohen alle Menschen unabhängig von ihrer Natinalität. Auch die wachsende Ausländerfeindlichkeit ist nicht nur ein Problem von Ausländern. Das gemeinsame Handeln von Deutschen und Ausländern ist unabdingbar, um erfolgreich für die Lösung dieser gemeinsamen Probleme eintreten zu können.

Kontaktadresse: Reinhard Hocker, GEW-Köln, Hans-Böckler-Platz 9, 5000 Köln 1

Europarat droht Türkei mit Ausschluß

Straßburg (ap) – Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat der Türkei mit dem Ausschluß aus dem Europarat gedroht, wenn die Türkei nicht zur Demokratie zurückkehrt. In ihrer sechsten Türkei-Debatte seit dem Militärputsch 1980 warf die Versammlung der türkischen Militärregierung insbesondere vor, nur die ihr genehmen politischen Parteien für die ersten Parlamentswahlen am 6. November zugelassen zu haben. Die Wahl müsse daher als nicht demokratisch angesehen werden. Unterdessen hat Ankara den früheren konservativen Ministerpräsidenten des Landes, Demirel, sowie 15 andere Politiker aus einem Internierungslager entlassen.

KSTA/1.10.83

Auszüge aus dem "Kölner Apell gegen eine menschenfeindliche Ausländerpolitik"

Wir Unterzeichner befürchten gemeinsam mit den Verfassern vergleichbarer Appelle in anderen Städten der Bundesrepublik Deutschland, daß die Bundesregierung jetzt eine menschenfeindliche Wende in der Ausländerpolitik vollzieht. Dadurch werden vorhandene Vorurteile und Ausländerfeindlichkeit verstärkt.
Im vergangenen Herbst hat die Bundesregierung eine **Kommission "Ausländerpolitik" aus Vertretern von Bund, Ländern und gemeinden** eingesetzt.
Nach dem Bericht dieser Kommission, Verlautbarungen aus den Koalitionsvereinbarungen und Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundesinnenministers ist zu erwarten, daß die Lasten und Folgen der gegenwärtigen Wirtschaftkrise den sozial Schwachen und hierbei besonders den Ausländern aufgebürdet werden sollen.

Wir wehren uns
- gegen die Trennung der Kinder von ihren Eltern (Kinder über 6 Jahre sollen nicht mehr nach Deutschland zu ihren Eltern kommen dürfen/Vorschlag zur Beschränkung des Familiennachzugs);
- gegen das absolute Verbot des Ehegattennachzugs bzw. weiterer Beschränkung durch unerträgliche Wartezeiten, Nachweis deutscher Sprachkentnisse oder durch den Zwang zur Einbürgerung des hier lebenden Ehegatten;
- gegen des Herauslocken oder Hinausdrängen von Ausländern, auch nicht durch Zahlung von Rückkehrprämien, mit denen diese außerdem noch um einen hohen Anteil (bis zu 50%) der ihnen zustehenden Leistungen aus der Sozialversicherung betrogen werden;
- gegen den Entzug von Arbeitslosenhilfe nach einem Jahr Arbeitslosigkeit;
- gegen die Verweigerung des Aufenthaltsrechts wegen Bezuges von Sozialhilfe und/oder unzureichenden Wohnraums;
- gegen die zunehmende Einschräkung politischer Betätigung zum Beispiel durch Regelausweisung bei Verstößen gegen das Versammlungs- und - Vereinsrecht;
- gegen Abschiebung wegen einer mit Strafe bedrohten

TÜRKİYE SOSYALİSTLERİ ARAŞTIRMA ENSTİTÜSÜ

Handlung vor einem ordetlichen Gerichtsverfahren;
● gegen den Ersatz notwendiger staatlicher Integrationsmaßnahmen durch private und ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe: eine weitere Kürzung von unverzichtbaren Sozialleistungen.

Die Verwirklichung dieser Kommissionsvorschläge wäre ein weiterer Rüchschritt für das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir fordern von der Bundesregierung:
● daß sie nicht mehr den Aufenthalt dem Ermessen der Behörden überläßt; der aufenthaltsrechtliche Status muß in einem neuen Gesetz gesichert werden; die Ausländer müssen daraus einen Rechtusanspruch auf Aufenthalt ableiten können;
● die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der Ausländer mit deutschen Staatsangehörigen nach mehrjährigem Aufenthalt ohne den Zwang zur Einbürgerung; (Rechtsstatus als "niedergelassener Deutscher");

● Aufhebung der Beschränkung des Familiennachzuges und der diskriminierenden aufenthaltsrechtlichen und arbeitserlaubnisrechtlichen Beschränkungen für nachgezogene Ehegatten, die insbesondere die nachziehenden Ehefrauen benachteiligen;
● Verbot der Ausweisung von Ausländern, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen sind.

Gerechtigkeit kennt kein zweierlei Maß für Ausländer und Deutsche. Die Deutschen haben selbst leidvoll erfahren, daß die Einschränkungen der Rechte von Minderheiten die Einschränkung der Rechte aller nach sich ziehen.

Aus derselben Erfahrung heraus fordern wir uneingeschränkte Geltung des Grundrechts auf Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes für politische Flüchtlinge und eine entsprechende Praxis.

Deutsche und Ausländer müssen solidarisch zusammenstehen. Nur so können sie gemeinsam ihre Interessen als Arbeitnehmer, Mieter und politisch bewußte Mitglieder unseres Gemeinwesens wahrnehmen. Nur so ist ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländer und Verständigung zwischen den Völkern möglich. Deutsche und Ausländer müssen gegenseitig Verständnis für die Kultur und die Lebensgewohnheiten des anderen aufbringen. Wir brauchen Aufgeschlossenheit, Toleranz und Hilfsbereitschaft.

Wir fordern alle auf, mit uns entschieden Widerstand einer Ausländerpolitik entgegenzusetzen, die jetzt ausländische Mitbürger unter Verletzung von Menschenrechten und unserer einfachsten Regeln der Anstands als konjunkturelle Manipuliermasse verschieben will.

Name	Anschrift	Beruf	Unterschrift

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI VAKFI

Ihre Forderung: Demokratische Verhältnisse
Die Antwort der Militärs: Gefängnis - Folter !

Am 15. August 84 wurde ein Prozeß vor dem Militärgericht gegen 56 Intellektuelle eröffnet, deren einziges "Verbrechen" die Forderung nach Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse, nach Beendigung der Folter, nach der Möglichkeit politischer Betätigung für alle Bürger und nach einer Amnestie für Alle, die wegen politischer Betätigung die türkischen Gefängnisse füllen. Von den 1.256 Intellektuellen, die am 15. Mai dem Präsidenten General Evren eine Deklaration überreichten, wurden zur Abschreckung 56 sofort inhaftiert. Sie sind angeklagt des "Landesverrats".

GEGEN DIESE PROZESSE gibt es bereits weltweiten Protest. Wir Bundesbürger sind hier besonders gefordert, unterhält doch unsere Regierung gute Beziehungen zur Regierung in Ankara, u.a. erhielt erst in diesem Frühjahr die Türkei einen Millionen-Kredit zur Wirtschafts- und Militärhilfe.

Wir fragen: Unsere Steuergelder für Faschisten, Mörder und Folterer ?

Türkei heute -

..... und morgen ?

mit **Reinh. Hocker, GEW Köln**

und **Kollegen aus der Türkei**

Kleines Kulturprogramm
mit Gesang und Folklore

Spezialitäten aus der Türkei

25. August - 19 Uhr

AWO - Haus, Oberbilker Allee 287

BUND DER ANTIFASCHISTEN VVN

VVN - Bund der Antifaschisten

DÜSSELDORFER
SOLIDARITÄTSKOMITEE
mit den
POLITISCHEN GEFANGENEN
in der TÜRKEI

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ TÜSTAV

PRESSE-MITTEILUNG

DÜSSELDORFER SOLIDARITÄTSKOMITEE mit den POLITISCHEN GEFANGENEN in der TÜRKEI

PRESSE-MITTEILUNG

Düsseldorf, 5. Juli 1984

Düsseldorf: 500 Erstunterzeichner

FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE IN DER TÜRKEI

" Das türkische Volk ist aller Menschenrechte, die in zeitgenössischen Gesellschaften gelten, würdig und muß uneingeschränkt in ihren Besitz gelangen. "

Die von 1.256 türkischen Intellektuellen herausgegebene Deklaration , in der sie VORSTELLUNGEN VON EINEM DEMOKRATISCHEN SYSTEM UND DARAUS RESULTIERENDE FORDERUNGEN an die Regierung in Ankara richteten, findet inzwischen weltweit Unterstützung, so in Frankreich, Schweden, Griechenland, Großbritannien, Dänemark, Österreich, Portugal, Norwegen, Holland, Belgien und USA.

Auch in der BRD unterzeichneten namhafte Wissenschaftler und Personen des öffentlichen Lebens folgende Erklärung: "Hiermit schließen wir uns dem Manifest der 1.256 türkischen Intellektuellen an, das den Titel trägt:"Unsere Vorstellungen von einem demokratischen System und unsere daraus resultierenden Forderungen". Gleichzeitig protestieren wir gegen die Unterdrückung der Intellektuellen und die Ermittlungsverfahren gegen die Unterzeichner des Manifestes.

Erstunterzeichner dieser Erklärung in Düsseldorf: Politiker, Journalisten, Ärzte, Wissenschaftler, Gewerkschafter, Betriebsräte, Lehrer, Künstler, u.a.:

Michael Müller, MdB - Jürgen Büssow, MdL - Herbert Schnoor, Minister NRW - Herbert Mies, Dipl-Volkswirt, Vors. d. DKP - Kurt Bachmann, Md Präs.d.VVN u. FIR - Klaus Bungert, Bürgermeister - Karl Ranz, Beigeordneter - Dr. med. Wolfgang Kauder, Internist - Dr. Gisela Knapp, Ärztin - Dr. Egon Knapp, Arzt - Katarina Jung, Richterin - Dr. phil. Mathias Jung, Journalist - Brigitte Jurgenowski, Rechtsanwältin - Winfried Kümpel, Gewerkschaftssekretär - Heinz Siebold, Redakteur - Hans-Walter von Oppenkowski, Verlagsleiter.- Dr. Rutger Booß, Lehrer - Hermann Daldrup, Lehrer Ilse Stein, Kauffrau - Ruth Binder-Karrenberg, Dipl-Sozialwissenschaftlerin - Dietmar Lindner, Grafiker - Peter Bittner, Betriebsratsvorsitzender - Christine Schnura, Sozialpädagogin - Ursula Düren, Ratsfrau - Walther Rolf, Konrektor - Kurt Knips, Md Bez-Vertretung - Ursula Trabalski, Ratsfrau - Karin Junker, Journalistin - Manfred Weinreich, Grafiker - Wolfgang Runge, Journalist - Karl Wagner, Ratsherr - Annemarie Vossen, Verlagsangest./Betriebratsmitglied - Sonja Voßen, Bürokauffrau - Anna-Christine Vogel, Dipl-Übersetzerin - Hans Reymann, DGB-Krs-Vors Wolfgang Colden, Journalist - Dorle Rückert, Redakteurin - Wolfgang Breuer, Journalist - Ruth Kellner, Redakteurin - Tilly Hendricks, Betriebsrätin - Andreas Schreiber, Unternehmer - Jürgen Mich, Lehrer - Willi Wogirz, Ratsherr - Egidius Pielen, Ratsherr - Marie-Luise Smeets, Ratsfrau - M-L. Mayer, Ratsherr - Udo Göbel, Gewerkschaftssekretär - Heinrich Aschendorf, Ratsherr - H-O Christiansen, Ratsherr - Erwin Reisgies, Ratsherr - Norbert Fischer, Redakteur - Manfred Spies, Grafik-Designer - Willi J. Lauer, 1.Bevollm. IGM - Ingrid Hermann, Betriebsrätin - Rainer Scharf, Physiker - Richard Lossy, Physiker - Achim Meissner, Designer - Beate Jakobs, Heilpädagogin - Ulrich Koch, Jurist - Fritz Altland, Architekt - Rainer Felkl, Jurist - Heiner Schmidt, Fotodesigner - Joachim Becker, Designer - Bernd Paetzold, Verwaltungsangest. - Werner Stertzenbach, VVN-Krs-Vors. - Alice Stertzenbach, VVN -

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

DÜSSELDORFER SOLIDARITÄTSKOMITEE mit den POLITISCHEN GEFANGENEN in der TÜRKEI

Kontaktadresse:
Ingrid Lange-Sari
Beethovenstr. 53
4000 Düsseldorf

Helft ihnen - jetzt !

Am 15. Mai 84 traten 1.256 türkische Intellektuelle, darunter die bekanntesten Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler mit einer Deklaration an die Öffentlichkeit. Sie formulierten mit Blick auf die Gedanken- , Presse- und Organisationsfreiheit eine Reihe von Forderungen, deren zentraler Gedanke in der Aussage zusammengefaßt wurde, daß das türkische Volk aller Menschenrechte würdig ist, die in den heutigen Gesellschaften gelten. Es muß daher uneingeschränkt in ihren Besitz gelangen. Insbesondere sei die Anwendung der Folter zu beenden, die Vollstreckung der erlassenen Todesurteile sei zu stoppen, eine umfassende Amnestie zu erlassen sowie die Verfassung von 1982 und die neuesten Gesetze im Lichte der demokratischen Prinzipien zu ändern.

Die Deklaration wurde noch am Tage ihrer Veröffentlichung verboten, Staatspräsident Evren beschuldigte die Unterzeichner des Landesverrats, die Militärstaatsanwälte ließen 56 von ihnen sofort verhaften. Am 15. August 84 soll ihnen der Prozeß gemacht werden - aufgrund der Anschuldigungen drohen ihnen Hinrichtung oder lebenslange Freiheitsstrafen. Weiteren 500 wurde die Eröffnung von Strafverfahren angedroht - trotzdem zog nicht ein Einziger seine Unterschrift zurück, im Gegenteil wuchs die Zahl der Unterzeichner inzwischen auf 1.400 an.

Im westlichen Ausland (einschl. USA) reagierten bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit einer Initiative zur Unterstützung der Deklaration und protestierten gegen die von der türkischen Regierung und Justiz eingeleiteten Maßnahmen. 2.000 Erstunterzeichner forderten die Zurücknahme der Repressalien.

Auch in der Bundesrepublik ist eine Welle der Solidarität angelaufen, namhafte Persönlichkeiten unterstützen durch ihre Unterschrift den Protest gegen die Verfolgung der türkischen Intellektuellen, gegen Folter und Hinrichtung politischer Gefangener . (Eine Dokumentation der Erstunterzeichner in Düsseldorf finden Sie auf der Rückseite dieses Blattes)

Um dieser ersten Welle der Solidarität noch mehr Kraft zu verleihen, benötigen die Initiatoren die Unterstützung aller Bevölkerungskreise. Helfen Sie mit - jetzt !

Erklärung

Hiermit schließe(n) ich/wir mich/uns der im Mai 84 veröffentlichten Deklaration der 1.256 türkischen Intellektuellen "Unsere Vorstellungen von einem demokratischen System und unsere daraus resultierenden Forderungen" an. Gleichzeitig protestiere(n) ich/wir gegen die Strafverfahren und -androhungen zur Unterdrückung der Intellektuellen, sowie gegen die Anwendung der Folter und gegen Hinrichtungen.

NAME/VORNAME	BERUF /FUNKTION	ANSCHRIFT	UNTERSCHRIFT

TÜRKİYE SOSYAL ARŞİVİ VAKFI

Im Wortlaut: 1. 4. 85 FR

„Alle Anklagen fallenlassen"

Die Türkische Friedensgesellschaft hat dem Komitee für Grundrechte und Demokratie mitgeteilt, daß ein neuer Prozeß gegen Mitglieder ihrer Organisation kurz bevorsteht. Das Grundrechte-Komitee hat einen Appell an den türkischen Staatspräsidenten Kenan Evren gerichtet, in dem Freiheit für bereits inhaftierte Mitglieder der Türkischen Friedensgesellschaft, keine weiteren Verhaftungen und Prozesse sowie freie Entfaltung für Friedensarbeit gefordert werden. Der Appell, der von zahlreichen Prominenten der westdeutschen Friedensbewegung unterstützt wird, hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident! Wir wenden uns an Sie, um Ihre Aufmerksamkeit auf Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu richten, die nach wie vor in unserem Lande erhebliche Beunruhigung auslösen. Es geht um den Prozeß gegen die Türkische Friedensgesellschaft (Baris Komitesi). Diese wurde 1977 gegründet und arbeitete bis zur Machtübernahme durch das Militär 1980 auch mit der türkischen Regierung zusammen. Sie setzte sich mit gewaltfreien Mitteln für Völkerverständigung und Abrüstung ein, also für Ziele, denen die Vereinten Nationen, deren Mitglied die Türkei ist, stets einen hohen Rang einräumten.

Aus der Geschichte unseres Landes wissen wir um die Gefahren, die sich aus der Verfolgung von Gruppen und Menschen ergeben, die für Frieden eintreten. Verfolgung von Friedensgruppen stärkte stets jene politischen Kräfte, die letztlich über militärische Drohung oder Gewaltanwendung ihre Ziele zu erreichen suchten und damit die Völker in Kriege stürzten. So war die Inhaftierung des demokratischen Publizisten und Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky in einem Konzentrationslager durch die deutschen Nationalsozialisten ein Stein in der faschistischen Kriegsvorbereitung, die zum Zweiten Weltkrieg führte. Aus dieser Erfahrung und aus eigener Geschichte haben wir gelernt, gegen die Verfolgung von Friedensgruppen und einzelnen Friedensstreitern in Ost und West aufzutreten.

Wir finden es unvereinbar, sowohl mit den Menschenrechten, als auch mit den Aspekten der Völkerverständigung und Abrüstungsbemühungen, wenn die Türkische Friedensgesellschaft angeklagt wird, obwohl sie ganz offensichtlich, anknüpfend an kemalistische Prinzipien, für die Unabhängigkeit der Türkei im Ost-West-Konflikt eintritt und ein Ausscheren auf dem Wettrüsten der Blöcke empfiehlt.

Wir finden es ebenso unvereinbar, wenn die legal begründete Friedensgesellschaft ausgerechnet vor ein Militärgericht gestellt wird, welches zusätzlich seine Normen rückwirkend gegen die Friedensgesellschaft anwendet.

Wir finden es unerträglich, daß der Richter im Baris-I-Prozeß keinen Hehl aus seiner rechtsextremistischen Auffassung und seiner vorgefaßten Absicht, die Friedensgesellschaft zu verurteilen, machen konnte, ohne wegen Befangenheit abgelöst zu werden.

Es ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte, wenn die Angeklagten über Jahre vor dem rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens unter schweren und menschenunwürdigen Bedingungen gefangen gehalten werden, während das Revisionsverfahren ungesetzlich verzögert wird. Das gleicht einer Verurteilung im vorab, unabhängig vom Ausgang des Verfahrens.

Um den Menschenrechten und der Verpflichtung der Regierung, den Frieden zu fördern, Genüge zu tun, halten wir folgende Schritte — um die wir Sie, Herr Staatspräsident Evren, ersuchen — für unerläßlich:

- Die Gefangenen aus dem Baris-I-Prozeß, vielfach international bekannte Wissenschaftler, Künstler, Publizisten und Juristen, sind sofort freizulassen.
- Die Militärstaatsanwälte erhalten für das Revisionverfahren die Anweisung, alle Anklagen wegen Friedensaktivitäten fallenzulassen und demgemäß für die Aufhebung des Urteils aus der ersten Instanz zu plädieren.
- Herbeiführung eines Beschlusses zur Nichteröffnung des Baris-II-Prozesses, in dem weitere Mitglieder der Türkischen Friedensgesellschaft angeklagt werden sollen.
- Abgabe einer Erklärung durch die Regierung, daß Friedensarbeit für Völkerverständigung und Abrüstung für die Türkei unerläßlich ist.

Wir würden es sehr begrüßen, Herr Präsident, wenn sie Ihren Einfluß geltend machten, um die Menschenrechte durchzusetzen und um die zur Überwindung tödlicher Bedrohung unserer Gesellschaft so wichtige Friedensarbeit zu ermöglichen ...

Unterzeichner: Heinrich Albertz, Andreas Buro, Walter Dirks, Ingeborg Drewitz, Helga Einsele, Bernt Engelmann, Erhard Eppler, Iring Fetscher, Ossip K. Flechtheim, Helmut Gollwitzer, Norbert Greinacher, Peter Härtling, Walter Jens, Robert Jungk, Dieter Lattmann, Alfred Mechtersheimer, Margarethe Mitscherlich, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Horst-Eberhard Richter, Dorothee Sölle, Kurt Scharf, Carola Stern, Ernst Tugendhat, Klaus Vack. FR

TÜRKİYE İŞÇİLERİ ARŞİVİ - ISTANBUL

(Nisan 85)

Peter Heinrich, Bergmann
Michael Höhn, Pfarrer, Gummersbach
Klaus-Liebe Harkort
Prof. Dr. Bremen
Klaus Thüsing, Bonn
Karl-Heinz Stommel, Betriebsratvorsitzender, Duisburg

INITIATIVE
Solidarität mit den Demokraten der Türkei

Konto Michael Höhn
BFG Düsseldorf · BLZ 30010111
Kto.-Nr.: 1661248500

FIDEF 9. Kongresi'ne

Adresse: c/o H. J. Lemmer
Diekermühlenstr. 15
5657 Haan/Rhld.

Liebe Freunde,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Im Namen der Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei wünschen wir Euren heutigen 9. Kongress einen erfolgreichen Verlauf.

Seit nunmehr fast 5 Jahren halten die Militärs die Macht in der Türkei in Händen. Die Errichtung der Diktatur im September 80 war begleitet von einer beispiellosen Welle willkürlicher Verhaftungen, Prozeße und Hinrichtungen. Durch die neue "Verfassung" und durch die "Wahlen" unternahmen die Militärs nicht etwa den Schritt zur Rückkehr zur Demokratie, sondern sie wollten damit die Legitimität für die dauernde Etablierung ihres blutigen Unterdrückungsregimes -eine Fassade, die dem Unrecht und der Gewalt den Anstrich von Rechtstaatlichkeit geben soll - erreichen.

Dabei muß die Situation der Türkei und die Unterdrückung aller demokratischen Kräfte in der Türkei, in Zusammenhang mit der sich zuspitzenden Situation, zwischen den beiden sozialen Weltsystemen und mit dem damit verbundenen, gemeinsamen Kampf der Völker für Frieden und Unabhängigkeit betrachtet werden. Die Türkei soll als Brückenkopf des Pentagons gegen die Sozialistischen Staaten und die Völker des Nahen Ostens benutzt werden. Dieses beweist unter anderem auch der Besuch von Turgut Özal in den USA;

-Der Vertrag der gemeinsamen Verteidigung zwischen Türkei und USA soll automatisch verlängert werden,

-Falls Griechenland die US Militärbasen schließen sollte, wird die Türkei zusätzliche amerikanische Stützpunkte in Anatolien einrichten,

-Die USA werden 1985 587 Mio. Dollar militärische Unterstützung leisten. Zusätzlich werden 150 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe und 4 Mio. Dollar für die Bildung gewährt.

-Die Türkei stimmte zu, daß der CIA Sender "Stimme Amerikas" in der Türkei, insbesondere entlang der sowjetischen Grenze neue Sendestationen errichtet.

Özal forderte, daß statt der Militärhilfe eine gemeinsame Waffenproduktion in der Türkei entwickelt werden soll, um damit auch in den Nahen Osten Waffen weiter verkaufen zu können. Außerdem solle die USA die Millionenhilfe zu günstigeren Zinzen zur Verfügung stellen bzw. einen grossen Teil als Spende erlassen. Auch die Erklärungen vom Oberbefehlshaber der NATO Streitkräfte in Europa, die er auf einer Pressekonferenz entlang der türkisch-sowjetischen

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Grenze abgab,passen in den Rahmen der Gesamtkozeption.Rogers erklärte,diese Zone sei ein "traditionelles Konfliktgebiet".Ebenso bedeuten die massiven militärischen Operationen in den kurdischen Gebieten,die bis weit in den Irak reichten,daß das Regime der Türkei in die Kriegspläne des US Imperialismus eingebunden ist ind dessen volle Unterstützung hat.
Im Rahmen dieser Situation betreibt die Bundesregierung ein übles Spiel.Schon September 80 gab sie,aufgrund der versprochenen Rückkehr zur Demokratie der Militärs große Haushaltsmittel frei.In dem Abschnitt "Schlußfolgerungen für die Türkeihilfe" des Berichtes vom 2.12.1982 stellt die Bundesregierung lapidar fest:
"Die Türkei ist ein wichtiger Partner der BRD.Im Rahmen der Atlantischen Allianz ist sie unser Verbündeter.Ihre Rolle als Stabilitätsfaktor an der Süd-Ost Flanke der NATO hat in den letzten Jahren infolge der Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten weiter an Bedeutung gewonnen."Daß in diesen Tagen Özal von Bundeskanzler Kohl mit militärischen Ehren empfangen wurde und auf der Hannover Messe die Türkei zum Partnerland der BRD erklärt wurde,paßt in den Rahmen einer Strategie,in der der Zweck die Mittel heiligt.So soll vor der Aprilsitzung des Europarates eine wirtschaftliche,politische und militärische Aufwertung der Türkei erreicht werden.Dieses entgegen vieler mahnender Stimmen,wie sie z.B. von K.H.Kluncker erhoben wurde, oder entgegen der Forderungen einer international bedeutenden und erfolgreichen Konferenz in Stockholm,die im Februar dieses Jahres stattfand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,die Gefängnisse in der Türkei und Türkei-Kurdistan sind heute überfüllt.Zehntausende politische Häftlinge -von den Führern und Mitgliedern linker politischer Parteien bis hin zu Gewerkschaftsmitgliedern,Mitgliedern des Friedenskomitees der Türkei,den Massenorganisationen und den Anhängern der patriotischen Organisationen der Kurden- vegitieren unter unmenschlichen Bedingungen dahin und sind brutalen Behandlungen ausgesetzt.

Gewiß,es konnten durch internationale Solidaritätsaktionen einige Erfolge erzielt werden.Erinnert sei hier,an die Freilassungen von Mahmut Dikkerdem und einige seiner Freunde,an die der angeklagten des DISK Vorstandes.Dieses zeigt,daß durch die verstärkte Solidarität der demokratischen Öffentlichkeit Europas,Erfolge möglich sind und Zugeständnisse von der Diktatur der Generäle und von ihren Marionetten erzwungen werden können.Jedoch müssen die erzwungenen Freilassungen dazu beitragen unsere Solidarität weiter zu verstärken.So fordern wir :

-Die Aufhebung der Anklage gegen 56 der Unterzeichner des Intellektuellengesuches.

-Die Beendigung aller Prozeße gegen Demokraten.

-Die Freilassung aller Friedenskämpfer,Gewerkschafter und aller anderen kurdischen und türkischen Demokraten.

-Die nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes muß beendet werden.

-Bis zur wiederherstellung der Menschenrechte und der vollen demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten in der Türkei,Stop der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe durch die Bundesregierung.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Die vielfältigen Aufgaben benötigen eine große materielle Basis.So ist die unterstützung der Familienangehörigen der politischen Gefangenen,der illegal lebenden und kämpfenden Demokraten eine Verpflichtung für uns alle.Sicherlich,die materielle Solidarität ist aufgrund der vielfältigen wichtigen internationalen Aufgaben und der zunehmenden Verschlechterung der ökonomischen Situation in der BRD komplizierter geworden.Nutzen wir alle Möglichkeiten um neben der ideellen auch die materielle Solidarität zu verstärken ?

In den kommenden Aktionen,wie z.B. am 1. und 8. Mai müssen wir vor allem deutsche Kolleginnen und Kollegen über die Situation in der Türkei und über die unmenschliche Asylpolitik der Bonner Rechtskoalition informieren.

Entwickeln wir in den Städten,die konkrete Solidaritätsarbeit mit den Gewerkschaftern,Sozialdemokraten und Christen,mit der Friedensbewegung,den Grünen und Liberalen,mit Sozialisten und Kommunisten,damit überall in der Bundesrepublik die Stimme des Protestes lauter wird.Entfalten wir Aktionen,um die Menschen wachzurütteln und die Herrschenden zu zwingen für volle demokratische und gewerkschaftliche Rechte in der Türkei einzutreten.

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

(Kasım 1985)

Peter Heinrich, Bergmann
Michael Höhn, Pfarrer, Gummersbach
K.-L. Harkort, Prof. Dr., Bremen
Klaus Thüsing, Bonn
Karl-Heinz Stommel, Betriebsratvorsitzender, Duisburg

INITIATIVE
Solidarität mit den Demokraten der Türkei

Konto Michael Höhn
BFG Düsseldorf · BLZ 30010111
Kto.-Nr.: 1661248500

Adresse: c/o H. J. Lemmer
Diekermühlenstr. 15
5657 Haan/Rhld.

8-85

Beschluss des Europa-Parlamentes

Auf seiner Sitzung am 24.1o.1985 hat sich das Europaische Parlament erneut mit der Türkei beschäftigt. Aufgrund der Berichte von Balfe wurde die Beschlußvorlage, in der festgestellt wurde, daß die Menschenrechte in der Türkei immer noch mißachtet werden, bestätigt.

In dem Beschluß wurden folgende Forderungen aufgestellt.

- Aufhebung der Todesstrafe
- Einstellung der Hinrichtungen
- Volle Verteidigungsrechte für die Angeklagten
- Beendigung der Prozesse gegen die DISK, gegen das Friedenskomitee und anderen Massenprozesse
- Aufhebung der Einschränkungen der politischen und gewerkschaftlichen Rechte
- Sicherstellung der Rechte der Minderheiten hinsichtlich der Religion, Sprache, Geschichte und Kultur

Erst wenn diese Bedingungen sichergestellt seien, könnten die Beziehungen wieder normalisiert werden.

Von 286 Parlamentariern stimmten 159 für den Beschluß, 118 dagegen und 9 enthielten sich der Stimme.

Ein von den Christdemokraten vorgebrachter Vorschlag, die Tür zum Dialog offen zu halten, wurde abgelehnt.

Prozess gegen Kurden! 3o Todesstrafen werden gefordert!

Gegen 84 kurdische Demokraten wurde in Dyarbakir ein Prozeß eröffnet.

Ihnen werden 3 Anschläge gegen Angehörige der Militäreinheiten, die im August letzten Jahres in Türkei-Kurdistan eine Operation gegen das kurdische Volk durchgeführt hatten, vorgeworfen.

In der Anklage werden unter anderem Waffenschmuggel, Überfälle und Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation aufgeführt.

Der Militärstaatsanwalt fordert:

3o Todesstrafen,
33 mal 1o Jahre und
21 mal 3 - 5 Jahre Haft

für die Angeklagten.

Generals Evrens Drohungen:

Bezüglich der öffentlichen Diskussionen zur Änderung der 82er Verfassung gab Evren eine Erklärung ab:

Er sagte, daß er die Verfassung nicht verändern lasse. Dazu gehöre eine 2/3 Mehrheit im Parlament. Dann würde er sein Veto geben. Danach müsse das Parlament eine grössere Mehrheit suchen, auch dann hätte er noch zweimal die Möglichkeit "Nein" zu sagen. Wenn das Parlament die Verfassungsänderung dann immer noch möchte, würde er das Parlament auflösen und diese Frage einer Volksabstimmung überlassen. Wenn das Volk gegen seinen Willen wähle, dann würde er den Hut nehmen und gehen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ ARŞİVİ VAKFI

Keine weitere Aushöhlung des Asylrechts!

Art. 16 (") GG:

"Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."

Von diesem Grundgesetzartikel, der aus dem antifaschistischen Erbe der Verfolgten des Naziregimes entstand, ist nur noch wenig übrig geblieben. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Gesetze erlassen, die Asylsuchende vor der Bundesrepublik abschrecken sollen.

So müssen Asylbewerber in der Regel in Sammellagern oder Heimen leben; sie unterliegen dem 2jährigen Arbeitsverbot - defacto jedoch dem unbegrenzten Arbeitsverbot, da die Arbeitsämter auch nach 2 Jahren kaum eine Arbeitserlaubnis erteilen -; die Sozialhilfe ist um 2o % gekürzt; vielerorts müssen Asylbewerber für DM 1,-- bis DM 1,5o Zwangsarbeit leisten;.....

Verheerender noch als diese "Soziale Abschreckung" ist die skandalöse Anerkennungspraxis. Verfolgte Demokraten aus der Türkei z. B. haben kaum eine Chance Asyl zu erhalten. Folter reicht als Asylgrund nicht aus, denn sie ist ja landesüblich (siehe OVG Frankfurt, Urteil). Nach Jahren des vergeblichen Wartens auf Asyl werden dann diese Demokraten in die Folterhöhlen der Türkei zurückgeschickt.

Trotz alledem rühmt sich die Bundesregierung des "liberalsten Asylrechts der Welt". Und "Christdemokraten" wie Strauß und Späth ist die jetzige Beschneidung des Asylrechts noch nicht genug. Sie wollen für die BRD eine generelle Visapflicht und sie wollen das Asylrecht auf 2 Jahre begrenzen.

Ohne Visa soll also keine Einreise und damit auch kein Asylantrag mehr möglich sein. Also sollen in Zukunft die Botschaften schon entscheiden, wer einen Asylantrag stellen kann, denn dort müssen die Visa ja beantragt werden.

Hat der Verfolgte sein Visa erhalten und ist in der BRD, so soll der Asylantrag erst einmal 2 Jahre langruhen. Abschließend soll die Situation im Heimatland überprüft werden und erst dann über den Asylantrag entschieden werden.

Die grausame Logik in dieser Idee ist, es sollen noch mehr Asylsuchende abgeschreckt werden, in unser Land zu kommen.

Bei all diesen Versuchen, das Asylrecht zu zerstören, wurde und wird immer wieder die "Asylschwemme" angeführt. Tatsache ist jedoch, die BRD hat seit 1953 nur 9o.ooo Flüchtlinge anerkannt hat. Im Vergleich zu Italien, Schweden, Großbritanien, Frankreich, Österreich und der Schweiz liegt die BRD damit an letzter Stelle.

Wir protestieren auf das Schärfste gegen diese erneuten Versuche, das demokratische Asylrecht aus-

zuhöhlen. Im Jahre des 4o. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus gibt es für uns nur eine Lehre aus der Geschichte:

> Damals brauchten deutsche Antifaschichten Schutz in anderen Ländern, heute müssen wir anderen Verfolgten diesen Schutz gewähren.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ ARŞİVİ

Die wirtschaftliche Situation der Türkei

Die Wirtschaft befindet sich im Stillstand. Die Özal-Regierung verändert willkürlich die wirtschaftlichen Daten; sie betreibt wie in allen anderen Bereichen auch hier den Betrug. Sie kann jedoch die Tatsachen nicht verschleiern.

Die jährlichen fixen Kapitalinvestitionen gegenwärtig in der Türkei haben immer noch nicht das Niveau von 1977 übertroffen. Das bedeutet, daß die Wirtschaft der Türkei seit 1977 kein Wachstum verzeichnet.

Betrachtet man die offiziellen Daten, so wurde dieses Jahr die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodikts in den vergangengen acht Jahren mit jährlich 2,8 Prozent festgestellt. Die gleichen Daten offenbaren jedoch eine Tatsache:

Während die Rolle der Industrie und der Landwirtschaft zurückgeht, steigt die des Handels und der Dienstleistungssektoren außerordentlich, und zwar sowohl hinsichtlich der Investitionen in diesen Sektoren, als auch hinsichtlich ihres Anteils am Nationaleinkommen. Dies bedeutet, daß eine rasche und systematische Umverlagerung in Richtung der nichtproduktiven Sektoren vonstatten geht.

Während die fixen Investitionen nicht wachsen, liegt die Kapazitätsnutzung in der Industrie seit acht Jahren bei 5o bis 6o Prozent

Arbeitslosigkeit in Mio (offizielle Zahlen)

1979	1981	1982	1983	1984
2367	2953	3289	3476	385o
	16,7%	18,19%	18,79%	2o,6%

Eine Arbeitslosenversicherung gibt es nicht. Während ca. 4 Mio abhängig Beschäftigte sozialversichert sind, haben 9 Mio abhängig Beschäftigte keinerlei soziale Sicherheit; sie arbeiten praktisch schwarz.

Nach Angaben der Weltbank sank das Pro-Kopf-Einkommen in den vergangenen 4 Jahren von 1544 auf 94o Dollar, d.h. um ca 4o %.

Dies fällt kraßer aus, wenn man die Einkommensverteilung in der Türkei etwas näher betrachtet:

Während 1o % der Bevölkerung 4o % des Volkseinkommens erhält, muß sich 6o % der Bevölkerung mit nur ca 2o % begnügen.

- Ein Arbeiter muß nach einem Bericht der Zeitung "Tercüman" 16 Stunden für ein Kilo Fleisch und 12 Tage für ein Paar Schuhe arbeiten.
- 2o % der Kinder sterben, bevor sie das 5. Lebensjahr erreicht haben.
- In den Jahren 198o-84 stiegen die Selbstmorde um ca. 6o %.

ABWERTUNG DER TL

	Ankauf 12.6.79	Ankauf 5.9.85	Veränderung %
1 US$	47,1o	543,5o	1o54 %
1 DM	24,64	191,1o	677 %

Zahlungsbilanzdefizite der Türkei MIO &

Außenhandelsdefizit

1979	198o	1981	1983	1984
28o8	4999	423o	3597	3887

Zinszahlungen für Auslandsschulden

1979	198o	1981	1983	1984
546	668	1193	1442	

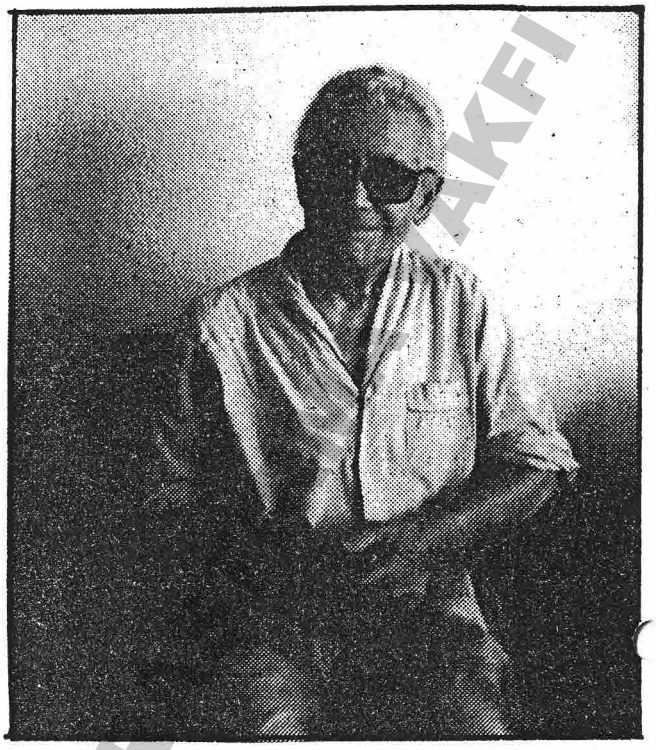
Jährl. Tilgungsrate der Auslandsschulden

1979	198o	1981	1983	1984
485	576	551	1o93	

Quelle: Die CEP Yilligi 1984/ S. 254

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Grüsse von Ruhi Su



Während wir ihn am 3o.8.1985 in der Uni-Klinik Cerrahpasa besuchten, sagte er: "Klaus, wenn du in die Bundesrepublik zurück kommst, grüße Sümeyra, Hüseyin und alle anderen Freunde." Er war müde. Seine Stimme war kraftvoll wie immer, auch wenn sie etwas gedämpft war.

Ruhi Su, der die Sorgen und Not der Menschen,besonders der Völker der Türkei nie vergaß und deren hoffnungsvolle Bemühungen und Kämpfe in seinen Liedern verewigte, besaß eine Stimme, die kräftig und voll Liebe war.

Das hilft den Menschen, Mensch zu sein.

Auch nach seinem Tod wird seine Stimme nicht verstummen.

So Freunde, gebt seine Grüße weiter in die ganze Welt.

DIE WELT SOLL IHN HÖREN.

Klaus Liebe-Harkot

Lebenslauf von Ruhi Su

1912 wurde er in Van geboren. Seine Eltern sah er nie. Er kam zu einer armen Familie nach Adana. Damals war die Stadt von Engländern und Franzosen besetzt. Die Familie mußte in die Berge flüchten. Er kam in ein Internat für Waisen, wo er u. a. Geige spielen lernte. Später besuchte er das Militärgymnasium. 1936 beendete er die Musiklehrerausbildungsschule und 1942 schloß er seine Ausbildung beim Staatskonsevatorium in Ankara - Abteilung Oper - ab. Im gleichen Jahr begann er an der Staatsoper zu arbeiten. Er spielte u. a. in "Figaros Hochzeit", "Madame Butterfly", "Tosca" und "Fidelio". Gleichzeitig begann er auch Volkslieder neu zu interpretieren. Von 1943 - 1945 arbeitete er bei Radio Ankara. Ab 195o sang er Lieder bei Radio Istanbul. 1952 wurde er verhaftet, weil er sich angeblich der TKP angeschlossen habe.

Er wurde zu 5 Jahren Freiheitsstrafe und 2o Monaten Verbannung verurteilt. Nach der Haft begann eine lange Arbeitslosenzeit. Danach spielte er in einigen Filmen mit und zog nach Istanbul um. Er komponierte viele Lieder und sammelte alte Volkslieder. Viele seiner Lieder erhielten Texte von fortschrittlichen Künstlern wie z. B. von N. Hikmet.

1975 gründete er mit Sümeyra den "Dostlar Korusu" (Chor der Freunde). Neben seinen musikalischen Arbeiten schrieb Ruhi Su auch Gedichte, die in den Zeitschriften "Varlek und Degirmen und Zeitungen wie Cumhuryet veröffentlicht wurden.

Er gab Konzerte in Australien, der BRD, Bulgarien, Holland, England und Schweden. Seine Programme, Platten und Kasetten wurden von den USA, Argentinien bis Frankreich und Griechenland gesendet. Aber außer einer kurzen Zeit hatte er in der Türkei beim Radio und Fernsehen Auftrittsverbot.

⇨

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ VAKFI TÜSTAV

Am 2o. September starb er in Istanbul. Er war schon länger an Krebs erkrankt und sollte zur Behandlung ins Ausland gebracht werden. Die Junta erteilte ihm jedoch keinen Paß. Die Ausreise und damit die Behandlung wurde ihm verweigert. Erst als keine Rettung mehr möglich war, "erlaubten" ihm die Generäle die Ausreise.

Zur Beerdigung, die am 22. September stattfand, kamen 3ooo Freunde, Kollegen und Bekannte. Sie verwandelten die Beerdigung in eine Protestdemonstation gegen die Junta. 15o Menschen wurden von der Polizei willkürlich verhaftet. Trotz der Verhaftungen, zahlreicher Militärhubschrauber und militärischen Eliteeinheiten konnte der Protest nicht zum Schweigen gebracht werden.

★★★★★★★★★

Solidarität ist eine Kraft

Was Solidarität vermag, darüber berichtet auch Berin Uyar, Redakteurin der Zeitschrift des fortschrittlichen Frauenverbandes des Türkei (IKD) " Die Stimme der Frau", die zweieinhalb Jahre im Gefängnis saß.

Im August 1981 wurde ich von Polizisten auf meiner Wohnung geholt und zur 1.Abteilung der Instanbuler Polizeibehörde gebracht. Dort verbrachte ich 56 Tage in einer 1,9o x 1,1o m großen Zelle, die für eine Person vorgesehen war, gemeinsam mit 9 Personen. Vor dem Militärputsch von 1980 war ich Mitglied der Revisionskommission des Progressiven Frauenverbandes - IKD sowie verantwortliche Redakteurin seines Organs "Stimme der Frauen". Aus diesem Grund eröffnete die Militärstaatsanwaltschaft mir den Prozeß, in dem eine Haftstrafe zwischen 8 und 15 Jahren gefordert wurde. 21/2 Jahre blieb ich im Militärischen Sondergefängnis Metris-Istanbul. Während meiner Haft in der 1.Abteilung der Polizeibehörde erlitt ich unter Folterungen eine Verschiebung der Wirbelsäule, die vorübergehend zur Lähnung eines Beines führte. Unter Bastonade brach einer meiner Zehen, der mangels Behandlung verwuchs. Meine Erlebnisse in der Strafanstalt verfolgen mich bis zum heutigen Tage.

In den Gefängnissen der türkischen Junta wird alles unternommen, die politischen Gefangenen psychisch sowie physisch zu vernichten. Die Zellen sind klein, dunkel, überfüllt. Hier herschen ansteckende Krankheiten, Unterernährung und Schläge der Wärter. Ich verdanke es der internationalen Solidarität, daß ich zu denjenigen gehöre, die die Gefangenschaft der Junta überlebten.

Vor Jahren beteiligte ich mich an Solidaritätsaktionen für das chilenische Volk, als die Militärs in diesem Land die Macht an sich rissen. Ich fragte mich damals aber auch, ob wir von der Türkei aus überhaupt etwas tun könnten, waren wir doch Tausende Kilometer von Chile entfernt. Heute bin ich froh, daß ich damals entsprechend gehandelt habe, denn die Bedeutung der internationalen Solidarität verstehe ich jetzt besser.

Die Solidaritätskampagne, die meine Freunde in Europa initiierten, als sie erfuhren, daß ich gefoltert wurde, erschreckte die Junta. Ich wurde in ein Krankenhaus gebracht. Dort wurden die Spuren der Folter festgehalten. Dies ermöglichte mir, eine "Schuldanklage" gegen die Folterer zu stellen. Als ich nach dem Grund für die plötzliche Verhaltensänderung der Gefängniswärter fragte, erfuhr ich von der Solidaritätskampagne, an der sich viele demokratische Organisationen in Europa beteiligten. Man ging nun vorsichtiger mit mir um.

Und selbst an den schlimmsten Tagen im Gefängnis fühlte ich mich keinen Moment allein. Die Stärke der Solidaritätsbewegung war zu meiner Widerstandskraft geworden.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Weitere Waffen für die Generäle aus Bonn ?

Als der Bundestag letzte Woche die geplanten Waffenexporte nach Saudi-Arabien diskutierte, schloß der SPD-Abgeordnete Hans-Ulrich Klose seine Rede mit einer für ihn "schrecklichen" Feststellung: "Kaum ein Spannungsgebiet, in das deutsche Firmen nicht Waffen lieferten, kaum ein militärischer Konflikt, bei dem nicht auch deutsche Waffen eingesetzt worden wären".
Zu diesem Zeitpunkt wußten weder Klose noch die anderen kritischen Redner im Bundestag, was tags darauf Schlagzeilen machte: ein deutsch-türkisches Rüstungspaket, über dessen Umfang bisher nur spekuliert wird. Man spricht von einem Auftrag über sieben Milliarden Mark. Bonns Regierungssprecher Friedhelm Ost versuchte gar nicht erst, die Gerüchte zu dementieren, obwohl das Geschäft noch alles andere als perfekt ist. Das Auswärtige Amt in Bonn weiß bislang nicht einmal offiziell, was die Türken wirklich wollen. Denn offiziell gibt es auch die Wunschliste nicht, die Bundeskanzler Helmut Kohl von seiner Türkeireise im Juli nach Bonn mitgebracht haben soll.

Die türkische Botschaft in Bonn bestätigt nur "ein großes Interesse an dem deutschen Panzer Leopard II". Alle weiteren Fragen sollen in der zweiten Novemberhälfte bei einem deutsch-türkischen Gespräch auf Staatssekretärsebene geklärt werden. Hinsichtlich der Panzer ist der türkische Wunsch allerdings ziemlich konkret. Das türkische Militär beabsichtigt, drei Brigaden mit dem deutschen Leopard auszurüsten; rund 3oo Panzer wären dafür notwendig. Da die Türkei ein Nato-Land ist, kann das Geschäft ohne Probleme abgewickelt werden. Die Bonner Exportrestriktionen für Waffen aus deutschen Panzerschmieden haben noch nie für befreundete Nato-Länder gegolten.

Doch die Türkei kann sich die "kostspieligen" Waffenkäufe nicht ohne weiteres leisten. Deshalb sollen Panzer wie auch andere bisher noch nicht genannte Rüstungsgüter im Rahmen der Bonner Nato-Verpflichtungen als Ausrüstungsbeihilfe geliefert werden.

Mit den bescheidenen Etat-Mitteln des Auswärtigen Amtes (1985: 54 Millionen Mark) lassen sich allerdings höchstens zwei Dutzend Leopard-Panzer bezahlen, nicht hingegen dreihundert Stück. Bei der Bundeswehr, Abteilung Heer, wird daher erwogen, eine bestimmte Anzahl gebrauchter Leo-I-Panzer zugunsten der Türkei auszumustern. Die Bundeswehr erhielte dafür Neufahrzeuge des Typs Leo II.
Ankara plant auch den Kauf von 4o Tornado-Kampfflugzeugen für insgesamt 3,5 Milliarden Mark. Da die Türkei dafür ebenso wenig Devisen hat wie für den Panzereinkauf, soll der Finanzminister mit einer Kreditbürgschaft in Milliardenhöhe einspringen.
Im Gegenzug hat freilich auch die Türkei etwas zu bieten, woran der Bundesrepublik gelegen ist. Dabei handelt es sich nicht nur um geeignete Truppenübungsplätze für die Luftwaffe. Es geht vor allem auch um ein türkisches Entgegenkommen in der Frage der Freizügigkeit. Vom Dezember 1986 genießen die Türken innerhalb der Europäischen Gemeinschaft dieses Privileg. Die Bundesrepublik aber mit ihren zwei Millionen Arbeitslosen ist an einem zu erwartenden Zustrom neuer türkischer Zuwanderer wenig interessiert. Bonn möchte daher den status quo, der den Zuzug weiterer Türken praktisch verhindert, erhalten.

Ankara hat sich zwar grundsätzlich bereit erklärt, vorläufig auf die Freizügigkeit zu verzichten, allerdings nur bei entsprechender Gegenleistung. Panzer- und Exportkredite für Tornados sind davon ebenso Teil wie großzügige Wirtschafts- und Entwicklungshilfe.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ ARAŞTIRMA VAKFI

Der 2. Friedensprozess wird fortgeführt

Der gegen 48 Friedenskämpfer eröffnete II. Friedensprozeß wurde im 2. Militärgericht der Kriegsrechtskommandantur Istanbul fortgesetzt. Militärstaatsanwalt Özyigit sagte, daß sie deshalb mit diesem Prozeß verspätet sind, weil sie den Ausgang des ersten Prozesses abwarten wollten. Wenn im ersten Prozeß keine Strafen verhängt worden wären, hätten sie auch die Ermittlungen eingestellt.

Rechtsanwalt Turgut Kazan, der im 1. Prozeß die Verteidigung mit übernommen hatte, ist im II. Prozeß selbst angeklagt. Er sagte bei seiner Vernehmung:

"Justiz dient der Sicherheit der Menschen. Um diese Sicherheit zu schützen, muß die Justiz unabhängig sein. Krieg ist eine Lage, wo Justiz schweigen muß. Wo Waffen, Bomben und Panzer den Ton angeben, kann man nicht von Justiz sprechen.

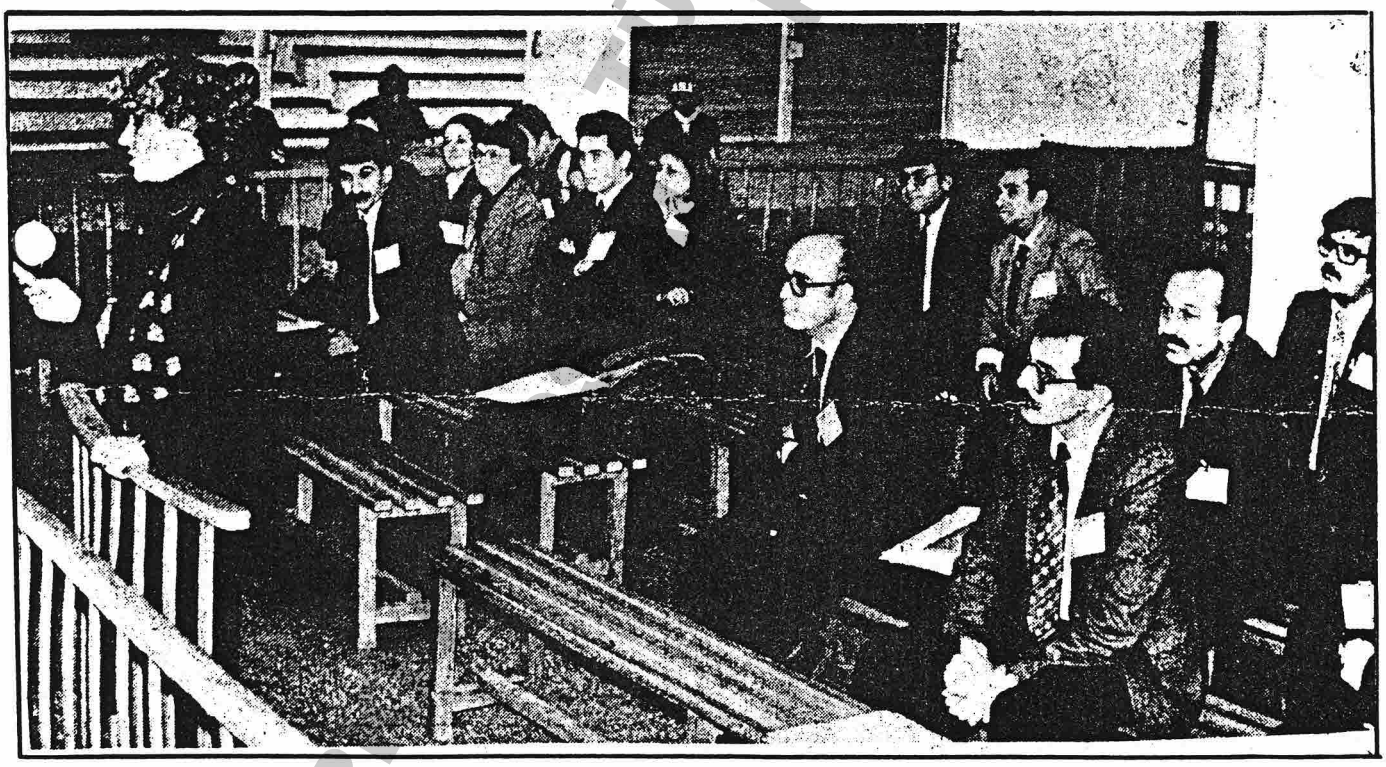
„Unumstößlich, wie die Tatsache, daß sich die Welt dreht, ist der Wunsch der Völker dieser Erde nach einem dauerhaften Frieden . . ." M.Dikerdem

Für uns Juristen bedeutet Frieden, daß wir ihn verteidigen und dafür kämpfen, denn damit verteidigen wir auch unser Land und unser Volk!"

Rechtsanwalt Kazan hob dabei hervor, daß 15 der 48 Angeklagten im II. Prozeß Rechtsanwälte der Angeklagten im 1. Friedensprozeß sind.

Das Ziel das damit erreicht werden soll ist, die Verteidigung der Angeklagten im 1. Prozeß noch mehr zu erschweren und die Rechtsanwälte insgesamt einzuschüchtern!

In einem Land sollte das Verteidigungsrecht unantastbar sein und bleiben.



TÜRKİYE TARİHİ ARAŞTIRMA VAKFI